

# J-5

<b>Titel</b>	Einkommen und Nebeneinkünfte als MdB, MdEP und MdL transparent offenlegen		
<b>AntragstellerInnen</b>	Ravensburg gemeinsam mit Biberach, Zollernalbkreis, Friedrichshafen, Alb-Donau		
<b>Zur Weiterleitung an</b>	SPD Bundesparteitag		
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt	

---

- 1 Die Jusos Baden-Württemberg fordern,...
- 2 • dass künftige Kandidatinnen und Kandidaten der SPD, welche zur Wahl in Gesetzgebungskörperschaften  
3 (Bundestag, Landtag, Europaparlament) nur dann aufgestellt werden, wenn sich diese vorher verpflichtet ha-  
4 ben, für die Dauer der Mandatsausübung keiner entgeltlichen bzw. vergüteten weiteren Tätigkeit nachzuge-  
5 hen.
- 6 • dass, wenn sich Bewerberinnen und Bewerber für Mandate verpflichten, ihre über die Entschädigung für  
7 Abgeordnetentätigkeit (Diäten/Kostenpauschale) hinaus erzielten Einkünfte auf ihrer Homepage zu veröffent-  
8 lichen.
- 9
- 10 **Begründung**
- 11 Das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in Sachen Unabhängigkeit der Gesetzgebungsorgane ist seit Jah-  
12 ren im Sinkflug. Insbesondere wird zunehmend angenommen, dass die von Bundestag oder den Landtagen  
13 beschlossenen Gesetze nicht mehr nur einer freien Willensbildung der Abgeordneten entspringen und häufig  
14 nur auf das Interesse von Wirtschaft, Industrie und sonstigen großen Vermögen zurückgehen.
- 15 Die Tatsache, dass Abgeordnete oft neben ihrem Mandat noch Nebentätigkeiten nachgehen, leistet dem  
16 Verdacht Vorschub, bei parlamentarischer Willensbildung und Abstimmungen nicht gänzlich unabhängig zu  
17 sein.
- 18 Dies führt dann dazu, dass populistische Parteien und Bewegungen wie die AfD Nährboden für ihre populistis-  
19 schen Parolen erhalten.
- 20 MdB's, MdEP's und MdL's sind Berufspolitiker in Vollzeit. Nur so begründet sich nach dem schon vor vielen  
21 Jahren ergangenen Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Höhe der ihnen zum Zweck der Sicherung ihrer  
22 Unabhängigkeit zustehenden Entschädigung (Diäten/Aufwandspauschale). Mit dieser Begründung wird seit-  
23 her auch versucht, die Anpassungen (Erhöhungen) solcher Leistungen gegenüber der Öffentlichkeit plausibel  
24 zu machen.
- 25 Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass in die Parlamente entsandte Vertreterinnen und Vertreter ihre  
26 ganze Kraft für das errungene Mandat einsetzen und frei von Abhängigkeiten sind. Vor diesem Hintergrund  
27 bleibt kein Raum für Nebenjobs – erst recht nicht, wenn diese Zweifel an ihrer Unabhängigkeit wecken und  
28 Interessenverknüpfung nicht ausgeschlossen werden kann.